

MEINUNGSBAROMETER.INFO

DAS FACHDEBATTENPORTAL
Für Entscheider aus Politik, Wirtschaft, Medien & Gesellschaft

DOKUMENTATION

FACHDEBATTE

SIND DEUTSCHLANDS PLÄNE FÜR DIE DIGITALE VERWALTUNG ZU EHRGEIZIG?

Nur noch wenige Monate Zeit und noch viele Fragen offen

Die Dokumentation beinhaltet alle Positionen,
ausführliche Analysen und Prognosen zu dieser
Fachdebatte sowie eine übersichtliche
Management Summary.

Debattenlaufzeit: 08.07.2020 - 11.10.2020

INHALTSVERZEICHNIS

DEBATTENBESCHREIBUNG	4
AKTIVE DEBATTENTEILNEHMER	5
MANAGEMENT SUMMARY	8
DEBATTENBEITRÄGE	12
FORSCHER BEKLAGT ÜBEREILTE "PRIMITIVDIGITALISIERUNG" Wo die Digitale Verwaltung heute steht, was Corona gebracht hat und was passieren muss	12
PROF. DR. ROBERT MÜLLER-TÖRÖK Professor für e-Government HS Ludwigsburg	
ECO FORDERT KONSTRUKTIVES MITEINANDER ZWISCHEN BUND, LÄNDERN UND KOMMUNEN Warum Deutschland bei der Digitalisierung nicht gut dasteht - und was Hoffnung macht	15
ALEXANDER RABE Geschäftsführer eco - Verband der Internetwirtschaft e.V.	
OHNE SICHERERE DIGITALE IDENTITÄTEN GIBT ES KEINE SICHERE UND NACHHALTIGE DIGITALISIERUNG Wo es bei der Digitalisierung der Verwaltung noch hakt	18
ANTONIA MAAS Vorstandsvorsitzende Verband Sichere Digitale Identität	
AM GELD WIRD DIE DIGITALISIERUNG NICHT SCHEITERN Warum es trotzdem mit der digitalen Verwaltung vielerorts nicht schnell genug vorwärts geht	21
DETLEF SANDER Geschäftsführer DATABUND e.V.	
VERWALTUNGEN BEFINDEN SICH NOCH AM ANFANG DES DIGITALISIERUNGSMARATHONS Wo es vorwärts geht und wo noch Tempo gemacht werden muss	25
DR. DONOVAN PFAFF Geschäftsführer Bonpago GmbH	

<p>50 DER WICHTIGSTEN VERWALTUNGSLEISTUNGEN IN BAYERN BEREITS DIESES JAHR DIGITAL Wie der Freistaat seinen eigenen OZG-Masterplan umsetzt</p> <p>JUDITH GERLACH Staatsministerin für Digitales Bayerische Staatsregierung</p>	<p>28</p>
<p>EINFÜHRUNG DER E-RECHNUNG ALS BEISPIEL FÜR DIGITALISIERUNG DER VERWALTUNG Wie das ITZBund die digitale Transformation begleitet</p> <p>DR. ALFRED KRANSTEDT Direktor ITZBund</p>	<p>32</p>
<p>DAS PRINZIP DER NACHNUTZUNG REDUZIERT SCHNITTSTELLEN Wie die Verwaltungsebenen digital zueinander finden</p> <p>DR. SÖNKE E. SCHULZ Vorsitzender Nationales E-Government Kompetenzzentrum NEGZ</p>	<p>36</p>
<p>BADEN-WÜRTTEMBERG WILL EGOVERNMENT FÜR ALLE Wo das Land auf dem Weg zur digitalen Verwaltung steht</p> <p>THOMAS STROBL Innenminister Landesregierung Baden-Württemberg</p>	<p>39</p>
<p>NACH STANDESAMTSPORTAL IST AUCH SERVICEPORTAL IN HESSEN ONLINE Und welche Verwaltungsbereiche als nächstes digital werden</p> <p>PROF. DR. KRISTINA SINEMUS Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung Landesregierung Hessen</p>	<p>43</p>
<p>PANDEMIE UND "LOCKDOWN" HABEN NUTZEN DIGITALER LÖSUNGEN DEMONSTRIERT Wie die Verwaltungen aber auch gelernt haben, wo es noch hakt</p> <p>ALEXANDER HANDSCHUH Sprecher Deutscher Städte- und Gemeindebund</p>	<p>46</p>
<p>BEWÄHRTE AUSNAHMEREGLUNGEN SOLLTEN ZUR REGEL WERDEN Wie die kommunalen IT-Dienstleister die Digitalisierung vorantreiben</p> <p>DR. RALF RESCH Geschäftsführer Vitako - Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V.</p>	<p>49</p>
<p>IMPRESSUM</p>	<p>52</p>

DEBATTENBESCHREIBUNG

**INITIATOR****THOMAS BARTHEL**

Herausgeber

Meinungsbarometer.info

SIND DEUTSCHLANDS PLÄNE FÜR DIE DIGITALE VERWALTUNG ZU EHRGEIZIG?**Nur noch wenige Monate Zeit und noch viele Fragen offen**

Es klingt, als sei noch eine Weile Zeit: Nach dem Onlinezugangsgesetz (OZG) sollen ab 2022 Verwaltungsleistungen über digitale Verwaltungsportale angeboten werden. Doch in Anbetracht der komplexen rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen ist ein Zeitrahmen von zwei Jahren dann doch ziemlich ambitioniert.

Gerade hat die Untersuchung "Public Sector 2020" einen echten Schub bei der Digitalisierung der Verwaltungen durch die Corona-Krise konstatiert. Insbesondere Homeoffice und Videokonferenzen seien in den Behörden Alltag geworden. Extern, bei den Bürger- und Unternehmensservices, gebe es dagegen noch einiges zu tun. E-Government bleibe für die Verwaltungen eine große Herausforderung, biete aber auch Chancen. Als ein großes Hindernis für eine weitere Digitalisierung der Verwaltung gelten Medienbrüche und Schnittstellenprobleme - gerade in einem föderal organisierten Land wie der Bundesrepublik.

In unserer Debatte betrachten die Experten den Stand in Sachen Digitalisierung der Verwaltung. Dabei behalten sie auch die Mitarbeiter im Blick, die am Ende mit den Daten effizient umgehen müssen.

AKTIVE DEBATTENTEILNEHMER



JUDITH GERLACH

Staatsministerin für Digitales
Bayerische Staatsregierung



ALEXANDER HANDSCHUH

Sprecher
Deutscher Städte- und Gemeindebund



DR. ALFRED KRANSTEDT

Direktor
ITZBund



ANTONIA MAAS

Vorstandsvorsitzende
Verband Sichere Digitale Identität



PROF. DR. ROBERT MÜLLER-TÖRÖK

Professor für e-Government
HS Ludwigsburg



DR. DONOVAN PFAFF

Geschäftsführer
Bonpago GmbH



ALEXANDER RABE

Geschäftsführer
eco - Verband der Internetwirtschaft e.V.



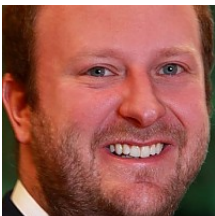
DR. RALF RESCH

Geschäftsführer
Vitako - Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-
Dienstleister e.V.



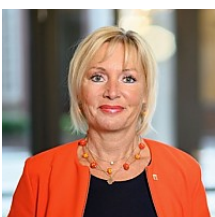
DETLEF SANDER

Geschäftsführer
DATABUND e.V.



DR. SÖNKE E. SCHULZ

Vorsitzender
Nationales E-Government Kompetenzzentrum NEGZ



PROF. DR. KRISTINA SINEMUS

Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung
Landesregierung Hessen



THOMAS STROBL

Innenminister

Landesregierung Baden-Württemberg

MANAGEMENT SUMMARY

11.10.2020 | SUMMARY

AUF DEM WEG ZUR DIGITALEN VERWALTUNG**Wo Deutschland bei der Umsetzung seiner Ziele steht**

Uwe Schimunek, Freier Journalist [Quelle: Meinungsbarometer.info]

Ab 2022 sollen Verwaltungsleistungen nach dem Onlinezugangsgesetz (OZG) über digitale Verwaltungsportale angeboten werden. Doch die einzelnen Einheiten sind aus Sicht von Prof. Dr. Robert Müller-Török von der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg äußerst unterschiedlich weit in diesem Prozess. Im Vergleich zu Verwaltungen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland befinden sie sich gar im Rückstand. „Wenn ich mir egov.md ansehe, dann ist die Republik Moldau viel weiter fortgeschritten als sogar der deutsche Bund“, erklärt der Professor für e-Government. Innerhalb Deutschlands scheinen ihm die Stadtstädte die Führung zu haben, bei den Flächenländern sieht er gewaltige Unterschiede.

In der Debatte auf meinungsbarometer.info melden sich auch einzelne Spitzenpoliti-

ker aus den Bundesländern zu Wort. So werden nach Aussagen der Staatsministerin für Digitales im Freistaat Bayern, Judith Gerlach, 50 der wichtigsten Verwaltungsleistungen bereits dieses Jahr angeboten – zwei Jahre vor der Frist. „Wir sind also voll im Plan – unserem eigens entwickelten OZG-Masterplan“, so die Ministerin. Neben den strategischen Leitlinien und den Zuständigkeiten unterstützt man in Bayern die einzelnen Verwaltungen auch bei der Priorisierung der Verwaltungsleistungen. Dazu zähle auch die Bereitstellung des OZG-Monitoring-Tools, das bei der Koordinierung und Steuerung der einzelnen Maßnahmen hilft. Zugute kommt den Bayern der enge Schulterschluss zwischen Staat und den Kommunen. Dafür gebe es ein eigenes Förderprogramm: das digitale Rathaus. „Damit fördern wir zielgerichtet die Beschaffung von neuen Online-Diensten bei den Kommunen. Wir sind also auf einem guten Weg.“

Das Land Hessen stellt den Kommunen u.a. mit ‚Civento‘ durch den IT-Dienstleister e-kom21 eine Plattform zur Verfügung, mit der für alle Kommunen die Möglichkeit besteht, eingehende Anträge mit einem durchgängigen elektronischen Prozess zu bearbeiten. Dies schafft nach den Worten der Hessischen Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung, Prof. Dr. Kristina Sinemus, einen echten Mehrwert - sowohl bei der Behörde in Form von einer Reduktion des Aufwandes und der Fehleranfälligkeit als auch beim Antragsteller durch eine schnellere Bearbeitung. „Nach dem Standesamtsportal ist in Hessen mit dem Serviceportal ein weiterer Baustein zur Umsetzung des OZG bereits realisiert worden“, erklärt die Ministerin. Über die Plattform könne etwa die Übernahme von Kita-Gebühren bei den Jugendämtern vorgenommen werden. Hessen habe sich auch im Rahmen des OZG und seiner Digitalisierungsstrategie intensiv bei der digitalen Umsetzung des Arbeitslosengeld-II-Antrags eingebracht und frühzeitig die Federführung übernommen. Inzwischen könnten alle 104 kommunalen Jobcenter in Deutschland die erste Version des digitalen Antrags nutzen. Aktuell sei auch die digitale Beantragung des Führerscheins in Planung, die Pilotierung soll im Spätsommer starten.

Das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration in Baden-Württemberg arbeitet an der Entwicklung einer Vielzahl digitaler OZG-Standardprozesse, die die hohen Anforderungen des OZG erfolgreich abbilden können. „Stand jetzt, besitzen zwi-

schenzeitlich fast alle unserer Kommunen und Landkreise ein Behördenkonto auf unserer zentralen eGovernment-Plattform service-bw“, erklärt Minister Thomas Strobl. Damit könne man bereits jetzt digitale Anträge entgegennehmen und bearbeiten. Jeder potenzielle Antragssteller könne in wenigen Minuten ein Servicekonto einrichten, über welches unterschiedlichste Anträge gestellt und sicher mit der jeweiligen Behörde kommuniziert werden könne. Die ersten fünf OZG-Standardprozesse habe man bereits im Frühjahr 2020 auf service-bw allen 1101 Kommunen in Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt. „Damit zählt Baden-Württemberg bereits jetzt bundesweit zu den Spitzenreitern in der OZG-Umsetzung - weitere Prozesse folgen im Sommer.“

Neben diesen Erfolgen konstatieren die Experten in der Fachdebatte aber auch Probleme. So prognostiziert DATABUND-Geschäftsführer Detlef Sander, „dass definitiv keine Kommune das gesteckte Ziel erreichen wird“. Selbst einige Länder kämpften noch mit der Einführung der eAkte, welche die Voraussetzung für einen digitalen Prozess sei. Neben lokal fehlenden Ressourcen fehle es oft auch an Knowhow und klaren Informationen von Bund und Ländern für die Umsetzungen in den Kommunen, am digitalfähigen Rechtsrahmen und Standards für die durchgängige Digitalisierung von Prozessen und der digitalen Identität, als Voraussetzung für die digitale Abwicklung von Anträgen. In den Ländern seien auch die schiere Größe der Verwaltungen und Projekte, sowie die nötigen Ressort-Abstimmungen problematisch. „Letztlich hat man vielerorts auch einfach die Entwicklung verschlafen und hat viel zu spät begonnen mit der Digitalisierung“, resümiert der Experte. Allerdings beobachtet er auch eine Beschleunigung vieler Digitalisierungsprojekte, nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie. Aus den Konjunkturpaketen kommen zusätzliche Mittel für die Digitalisierung. Am Geld werde die Digitalisierung nicht scheitern. „Es besteht eher die Gefahr des blinden Aktionismus und unkoordinierten Vorgehens in den Projekten.“

Als größtes Hindernis für eine weitere Digitalisierung der Verwaltung gelten derzeit tatsächlich Medienbrüche und Schnittstellenprobleme. Bei diesem Themenfeld setzt der Vorsitzende des Nationalen E-Government Kompetenzzentrums (NEGZ), Dr. Sönke E. Schulz, auf vermehrte Kooperation. Aufgrund des Vollzugs von vielen Aufgaben

durch die Kommunen komme der Abstimmung von Land und Kommunen erhebliche Bedeutung zu. Kommunale Anforderungen müssten artikuliert und eingebracht werden können, ohne den Anspruch, dass jeder alles mache. Für ihn gilt: „Das Prinzip der Nachnutzung reduziert Schnittstellen.“

DEBATTENBEITRAG

09.07.2020 | INTERVIEW

FORSCHER BEKLAGT ÜBEREILTE "PRIMITIVDIGITALISIERUNG"

Wo die Digitale Verwaltung heute steht, was Corona gebracht hat und was passieren muss



Prof. Dr. Robert Müller-Török - Professor für e-Government an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg [Quelle: HS Ludwigsburg]

E-Government-Experte Prof. Dr. Robert Müller-Török sieht die Verwaltungen in Deutschland auf dem Weg in die Digitalisierung u.a dadurch behindert, "dass zentrale Basisinfrastruktur wie eine verbreitete und sichere eID oder die Verfügbarkeit gepflegter und elektronisch abfragbarer Register (noch) nicht gegeben ist". Bei allen Schritten in Richtung Digitalisierung mahnt er ein geordneten organisatorischen Wandel an - und keinen Aktionismus.

Nach dem Onlinezugangsgesetz (OZG) sollen ab 2022 Verwaltungsleistungen über digitale Verwaltungsportale angeboten werden - wie weit sind die Verwal-

tungen auf dem Weg dahin?

Äußerst unterschiedlich weit. Die Verwaltungen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland sind erheblich, erheblich weiter. Wenn ich mir egov.md ansehe, dann ist die Republik Moldau viel weiter fortgeschritten als sogar der deutsche Bund. Innerhalb Deutschlands scheinen die Stadtstädte die Führung zu haben, bei den Flächenländern sehe ich gewaltige Unterschiede. Alle werden m.E. dadurch behindert, dass zentrale Basisinfrastruktur wie eine verbreitete und sichere eID oder die Verfügbarkeit gepflegter und elektronisch abfragbarer Register (noch) nicht gegeben ist. Das ist, bspw. im Falle der eID, zwanzig Jahre nach Veröffentlichung der Signaturrechtlinie der EU äußerst deplorabel.

Welchen Schub hat die Corona-Krise der Digitalisierung in Verwaltungen gegeben und wie nachhaltig ist dieser ggf.?

Die Digitalisierung hat an Akzeptanz gewonnen, würde ich meinen. Leider erfolgte häufig eine übereilte "Primitivdigitalisierung", wo ungeprüft einfach auf Basis von E-Mails oder Webformularen "verwaltet" wurde - wie man an den an Phantasiefirmen und kriminelle Clanmitglieder ebenso wie an einzelne Betrüger ausbezahlten Corona-hilfen sieht (wenn man der Presse trotz zumeist aufrechter Unschuldsvermutung hier Glauben schenken darf). Anstatt seriös auf Basis von eID und Registern Verwaltungsprozesse geordnet abzuführen, hat man hier anscheinend auf Basis von Worddokumenten und Behauptungen gezahlt.

Digitalisierung ist auch geordneter organisatorischer Wandel und kein Aktionismus.

Als größtes Hindernis für eine weitere Digitalisierung der Verwaltung gelten nach einer neuen Studie Medienbrüche und Schnittstellenprobleme. Wie können diese aus Ihrer Sicht über die verschiedenen Verwaltungsstufen in einem föderal organisierten Land überwunden werden?

Entweder durch zentrale Systeme oder, wohl erfolgversprechender in Deutschland, durch Standardisierung von Schnittstellen, standardisierte Daten- und Nachrichtenformate. Hier würde mit den XÖV-Standards ein guter Weg begonnen. Auch die Kreditwirtschaft ist dezentral organisiert und die Hürden zwischen einer Commerzbank und einer Unicredito sind mindestens so hoch wie die zwischen Baden-Württemberg und Thüringen. Dennoch funktioniert dort seit Jahrzehnten die Überweisung von Geld, die Übertragung von Wertpapieren, Akkreditive uwm. Einfach weil dieses Thema im Wege SWIFT und anderer Einrichtungen gelöst werden musste.

Die Verwaltungsmitarbeiter gelten als Schlüssel bei der digitalen Transformation - wie sollten die Mitarbeiter auf diesem Weg begleitet werden?

Das ist die wohl am schwersten zu beantwortende Frage. Zunächst einmal muss man eines klipp und klar sagen: Nach der Digitalisierung wird die Verwaltung weniger Mitarbeiter haben als heute. Es gibt bspw. in Deutschland 704 Zulassungsstellen für Kraftfahrzeuge. Im Vereinigten Königreich gibt es eine einzige zentrale Zulassungsstelle, die DVLA in Swindon. In Österreich keine einzige seit ca. 25 Jahren, dort erledigen das die Versicherer mit, weil man ohnehin bei jeder An-, Ab- und Ummeldung mit einer Versicherung sprechen muss. Gleiches gilt für viele, viele Ämter und Dienststellen. Mehr oder das Gleiche an Verwaltungsleistungen mit weniger Personal zu erbringen ist möglich. Durch demographischen Wandel und Pensionierungswellen sollte das möglich sein. Was die Mitarbeiter selbst betrifft, hier gibt es m.E. nur ein Prinzip: Ehrlichkeit, Beteiligung und professionelle Begleitung. Wir verändern bei der Digitalen Transformation die Arbeitswelten und -wirklichkeiten der Mitarbeiter. Das muss professionell erfolgen und ist aufwändig.

DEBATTENBEITRAG

10.07.2020 | INTERVIEW

ECO FORDERT KONSTRUKTIVES MITEINANDER ZWISCHEN BUND, LÄNDERN UND KOMMUNEN

Warum Deutschland bei der Digitalisierung nicht gut dasteht - und was Hoffnung macht



Alexander Rabe - Geschäftsführer, eco - Verband der Internetwirtschaft e.V. [Quelle: eco/ Bettina-Keller]

"Die Digitalisierung der Verwaltung ist eine der zentralen Aufgabe, die die Zukunftsfähigkeit Deutschlands maßgeblich voranbringen wird", betont eco-Geschäftsführer Alexander Rabe. Leider hätten Bund, Länder und Kommunen viele Jahre im analogen Dornröschenschlaf verbracht. Doch nun sieht er erste Lichtblicke - und viele Aufgaben.

Nach dem Onlinezugangsgesetz (OZG) sollen ab 2022 Verwaltungsleistungen über digitale Verwaltungsportale angeboten werden - wie weit sind die Verwaltungen auf dem Weg dahin?

Die Digitalisierung der Verwaltung ist eine der zentralen Aufgabe, die die Zukunftsfähigkeit Deutschlands maßgeblich voranbringen wird. Vor allem ist sie schon lange überfällig. Bund, Länder und Kommunen haben in Sachen Digitalisierung der Verwaltung leider viele Jahre im analogen Dornröschenschlaf verbracht und entsprechend schlecht steht Deutschland nun auch im europäischen Vergleich da. Sowohl das OZG als auch das eGovernment Gesetz machen daher richtige und wichtige Vorgaben, die den notwendigen Druck auf den Kessel bringen, um Veränderungen in einem sehr komplexen System voranzubringen.

Erste Erfolge gibt es bereits: Wir befinden uns nun in der Umsetzungs- und nicht mehr in der reinen Konzeptionsphase. Allerdings ist dieser Erfolg je nach Bundesland durchaus unterschiedlich zu bewerten und somit fällt auch die Antwort auf die Fragen nach dem Umsetzungsstand des OZG entsprechend differenziert nach Bundesländern aus. Aktuell versucht der Bund auf Grundlage des Konjunkturprogramms und der Bereitstellung von EUR 3 Milliarden nochmals eine ergänzende Motivation zu schaffen und Projekte und Veränderungen zu unterstützen. Aber alleine bei der Verteilung dieser angekündigten Gelder hat das übliche Kompetenzgerangel im Dreieck Bund, Länder und Kommunen wieder lange für Stillstand gesorgt.

Bund, Länder und Kommunen müssen sich in den kommenden Monaten viel stärker als bisher auf ein konstruktives Miteinander sowie gemeinsame Ziele und Wege einigen. Die brachliegenden Potentiale in diesem Segment sind immens, beginnend bei den infrastrukturellen Voraussetzungen wie etwa der Cloudnutzung bis hin zu den Datenaustauschsynergien, nicht zuletzt im Bereich Open Data. Aber auch das interne Mindset der Verwaltung muss sich noch weiter verändern und mit digitalen Kompetenzen stetig ergänzt werden. Der seitens des neuen CIO des Bundes erstellte, auch inoffiziell bekannt gewordene 9-Punkte Plan behandelt im Kapitel „Modernisierung von Verwaltung und verwaltungsinternen Diensten“ bereits die richtigen Themenfelder.

Welchen Schub hat die Corona-Krise der Digitalisierung in Verwaltungen gegeben und wie nachhaltig ist dieser ggf.?

In den letzten Monaten dürften etliche Bedienstete in Behörden und Verwaltungen die positiven Effekte einer digitalisierten Arbeitswelt am eigenen Leibe erfahren haben. Es ist zu hoffen, dass diese Erfahrung künftig auch Entscheidungen im Bereich

Einkauf und Einsatz von digitalen Technologien und Arbeitsweisen positiv beeinflusst wird. Eine von eco gemeinsam mit Arthur D. Little erarbeitete Studie zur Zukunft der Internetwirtschaft bescheinigt gerade im Bereich Anwendungen der öffentlichen Verwaltung (u.a. im Bereich Gesundheit und Bildung) ein immenses wirtschaftliches Wachstumspotential und einen entsprechend signifikanten Anteil an der Steigerung des zukünftigen BIP.

Als größtes Hindernis für eine weitere Digitalisierung der Verwaltung gelten nach einer neuen Studie Medienbrüche und Schnittstellenprobleme. Wie können diese aus Ihrer Sicht über die verschiedenen Verwaltungsebenen in einem föderal organisierten Land überwunden werden?

Auch hier können meines Erachtens bereits auf Bundesebene gestartete Initiativen wie etwa GAIA-X bei entsprechendem politischen Willen einen zielführenden Rahmen schaffen, der infrastrukturell und in Kombination mit Ansätzen des International Data Space sicheren und souveränen Datenaustausch auf allen Ebenen der Verwaltung ermöglicht. Der Austausch zwischen Bund, Ländern und Kommunen muss hier entsprechend auf Augenhöhe stattfinden und auch digitale Kompetenzen aller Beteiligten müssen angeglichen werden. Nur so wird Kommunikation auf dem Weg in die digitale Transformation über die klassischen Silogrenzen hinweg in der Verwaltung möglich.

Die Verwaltungsmitarbeiter gelten als Schlüssel bei der digitalen Transformation - wie sollten die Mitarbeiter auf diesem Weg begleitet werden?

Digitale Aus- und Weiterbildung ist der zentrale Schlüssel. Wir brauchen in Deutschland generell ein Curriculum der schulischen Bildung, welches es in allen Bundesländern ermöglicht, vergleichbare digitale Kompetenzen mit dem jeweiligen Schulabschluss zu erwerben. Sowohl in der dualen als auch in der universitären Ausbildung müssen digitale Kompetenzen und Informatik Pflichtbestandteil werden. Nur so erhalten wir mündige BürgerInnen und Arbeitskräfte in Wirtschaft und Verwaltung, die gemeinsam den digitalen Wandel gestalten können. Für bestehende Verwaltungsangestellte müssen verpflichtende digitale Weiterbildungen eingeführt werden. Die in der Diskussion befindliche Digitalakademie des BMI erscheint mir hier sicherlich bereits eine gute Idee zu sein.

DEBATTENBEITRAG

14.07.2020 | INTERVIEW

OHNE SICHERERE DIGITALE IDENTITÄTEN GIBT ES KEINE SICHERE UND NACHHALTIGE DIGITALISIERUNG

Wo es bei der Digitalisierung der Verwaltung noch hakt



Antonia Maas - Vorstandsvorsitzende, Verband Sichere Digitale Identität e.V. [Quelle: VSDI]

" Die Corona-Krise hat gezeigt, dass wir noch nicht ganz da sind, wo wir heute vielleicht schon stehen sollten", sagt Antonia Maas vom Verband Sichere Digitale Identität mit Blick auf die Digitalisierung der Verwaltung. Dabei sieht sie durchaus Lichtblicke - aber auch noch viel zu tun.

Nach dem Onlinezugangsgesetz (OZG) sollen ab 2022 Verwaltungsleistungen über digitale Verwaltungsportale angeboten werden - wie weit sind die Verwaltungen auf dem Weg dahin?

Die Umsetzung des OZG bis 2022 ist sicherlich ein sehr ambitioniertes Ziel. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass wir noch nicht ganz da sind, wo wir heute vielleicht schon

stehen sollten. Um sich dem Ziel noch weiter annähern zu können, müssen größere Schritte gewagt werden – dies gilt für Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen. Hier bedarf es insbesondere einer engen Absprache bzw. einer guten Zusammenarbeit untereinander, der Föderalismus macht dies an manchen Stellen nicht immer einfacher. Konkret sollten unseres Erachtens beispielsweise die Einsatzmöglichkeiten des Personalausweises überall gleichermaßen gewährleistet werden. Zu einer erfolgreichen Umsetzung des OZG gehört auch die Ermöglichung des „Once-Only“-Prinzips sowie gegebene europäische Standards mit einzubeziehen, etwa die eIDAS-Verordnung oder die „Single Digital Gateway“-Verordnung. Aber ich sehe das optimistisch: Die Verwaltungen sind auf einem guten Weg, jetzt gilt es weiter dran zu bleiben und das Ziel auch bei eventuellen Rückschlägen nicht aus den Augen zu verlieren.

Welchen Schub hat die Corona-Krise der Digitalisierung in Verwaltungen gegeben und wie nachhaltig ist dieser ggf.?

Die Corona-Krise hat drei Dinge offenbart: Zum ersten hat sie deutlich gezeigt, auf welchem Stand wir uns in Deutschland beim Thema Digitalisierung der Verwaltung befinden. Der plötzlich gestiegene Bedarf an digitaler Authentifizierung und digitalen Dienstleistungen sowie Home-Office-Lösungen für Behörden-Mitarbeiter hat uns vor Augen geführt, dass noch einiges getan werden muss. Insbesondere im Bereich der sicheren digitalen Identitäten. So kam beispielsweise im Nachgang heraus, dass bei der Beantragung staatlicher Hilfen mithilfe von betrügerischen Phishing-Webseiten, auf denen sich Unternehmer eingetragen haben, Fördergelder an Unbefugte umgeleitet wurden. So etwas darf nicht passieren. Das verdeutlicht: Ohne sicherere digitale Identitäten gibt es keine sichere und nachhaltige Digitalisierung! Zum Zweiten hat sie aber auch gezeigt, was wir bereits in der Lage sind zu leisten, wenn es darauf ankommt. Die schnelle Entwicklung der Corona-App ist ein sehr gutes Beispiel dafür, dass das Potenzial und die Fähigkeiten hierzulande vorhanden sind.

Wir müssen nur mutig genug sein, sie auch zu nutzen! Wenn alle an einem Strang ziehen und transparent kommuniziert wird, können wir viel schaffen und sogar zum Vorbild für andere Länder werden – und das auch in kürzester Zeit. Zum Dritten hat die Corona-Krise nochmals bestätigt, wie abhängig wir von internationalen IT- und Telekommunikationsanbietern sind. Wir können der Digitalisierung in den Verwaltungen nur dann nachhaltig einen Schub geben, wenn wir die digitale Souveränität Deutschlands und Europas stärken.

Als größtes Hindernis für eine weitere Digitalisierung der Verwaltung gelten nach einer neuen Studie Medienbrüche und Schnittstellenprobleme. Wie können diese aus Ihrer Sicht über die verschiedenen Verwaltungsstufen in einem föderal organisierten Land überwunden werden?

Auch hier ist wichtig, die vorhandenen Angebote und Möglichkeiten etwa von elektronischen Signaturen, Siegeln und Zertifikaten – die ja bereits von ETSI und CEN standardisiert wurden – tatsächlich wahrzunehmen. Es gibt bereits viele Lösungen mit denen Medienbrüche und Schnittstellenprobleme vermieden werden können. Häufig stehender breiten Anwendung jedoch bürokratische Vorgaben im Weg. Hier braucht es einheitliche Standards und Vorgaben. Klar ist: Verwaltungsdigitalisierung gelingt nicht, wenn Dokumente lediglich in ein PDF umgewandelt werden, die man trotzdem noch ausdrucken, unterschreiben und wieder einscannen muss. Wir brauchen ganzheitliche Prozesse. Ich denke da beispielsweise an eine sichere und einfach einsetzbare elektronische Signatur für jede Person, mit der man sich einwandfrei identifizieren kann.

Die Verwaltungsmitarbeiter gelten als Schlüssel bei der digitalen Transformation - wie sollten die Mitarbeiter auf diesem Weg begleitet werden?

Wir befinden uns mitten in einem Kulturwandel der Gesellschaft und der Verwaltung. Es ist toll, dass es bereits viele Vorreiter unter und in den Behörden gibt, aber jetzt geht es darum, auch alle anderen mitzunehmen und das Thema in die Breite zu bringen. Das kann etwa mit speziellen Begleit- und Förderangeboten sowie Schulungen gelingen. Mitarbeiter müssen dabei unterstützt werden, die Vorteile der Digitalisierung zu erkennen und für sich zu nutzen. Dabei gilt: Berechtigte Ängste müssen unbedingt ernst genommen und berücksichtigt werden. Nur dann können alle Mitarbeiter den notwendigen Wandel mittragen.

Antonia Maas - Vorstandsvorsitzende, Verband Sichere Digitale Identität e.V.

DEBATTENBEITRAG

15.07.2020 | INTERVIEW

AM GELD WIRD DIE DIGITALISIERUNG NICHT SCHEITERN

Warum es trotzdem mit der digitalen Verwaltung vielerorts nicht schnell genug vorwärts geht



Detlef Sander - Geschäftsführer DATABUND e.V. [Quelle: Manfred Pollert]

Für eine schnelle und umfassende Digitalisierung der Verwaltung fehlt es aus Sicht von DATABUND-Geschäftsführer Detlef Sander "an digitalfähigen Rechtsrahmen und Standards für die durchgängige Digitalisierung von Prozessen". Er sieht durchaus hier und da Fortschritte, mahnt aber dringend an, nicht dogmatisch an dem Jahr 2022 festzuhalten.

Nach dem Onlinezugangsgesetz (OZG) sollen ab 2022 Verwaltungsleistungen über digitale Verwaltungsportale angeboten werden - wie weit sind die Verwaltungen auf dem Weg dahin?

Da gibt es keine allgemeingültige Antwort. Die Situation ist sehr heterogen. Es gibt Kommunen, die schon sehr weit sind und andere haben nicht mal angefangen. Was

man aber sagen kann ist, dass definitiv keine Kommune das gesteckte Ziel erreichen wird. Selbst einige Länder kämpfen noch mit der Einführung der eAkte, welche die Voraussetzung für einen digitalen Prozess ist. Die Ursachen dafür sind vielfältig.

Neben lokal fehlenden Ressourcen (Personal und Finanzmittel), fehlt es oft auch an KnowHow und klaren Informationen von Bund und Ländern für die Umsetzungen in den Kommunen. Es fehlt an digitalfähigen Rechtsrahmen und Standards für die durchgängige Digitalisierung von Prozessen. Ein durchgängiges Problem sowohl horizontal als auch vertikal ist die fehlende digitale Identität, als Voraussetzung für die digitale Abwicklung von Anträgen. In den Ländern ist es einfach die schiere Größe der Verwaltungen und Projekte, sowie die nötigen Ressort-Abstimmungen. Letztlich hat man vielerorts auch einfach die Entwicklung verschlafen und hat viel zu spät begonnen mit der Digitalisierung.

Welchen Schub hat die Corona-Krise der Digitalisierung in Verwaltungen gegeben und wie nachhaltig ist dieser ggf.?

Der Schub durch diese Pandemie ist unverkennbar. Politik und Verwaltung haben zwangsläufig erkannt, dass die Digitalisierung alternativlos ist. Vielerorts, wo bereits digital gearbeitet wurde, reifte auch die überraschende Erkenntnis, dass Arbeit im Homeoffice tatsächlich funktioniert und teilweise sogar effizienter ist als im Büro. Dieses Rad wird sich nicht mehr zurückdrehen lassen, auch wenn das jemand wollte. Dagegen würde es Widerstände aus verschiedenen Richtungen geben, nicht zuletzt auch von den Mitarbeitern.

Es ist im Gegenteil eine Beschleunigung vieler Digitalisierungsprojekte zu beobachten. Aus den Konjunkturpaketen werden zusätzliche Mittel für die Digitalisierung eingeplant. Am Geld wird die Digitalisierung daher nicht scheitern. Es besteht eher die Gefahr des blinden Aktionismus und unkoordinierten Vorgehens in den Projekten. Damit wächst dann auch der Flickenteppich. Daher sollte auf Standards bei der Umsetzung von Digitalisierungsprojekten unbedingt geachtet werden. Wichtig ist auch eine durchgängige Digitalisierung der Prozesse, um die Effizienzgewinne für die Verwaltung zu heben.

Als größtes Hindernis für eine weitere Digitalisierung der Verwaltung gelten nach einer neuen Studie Medienbrüche und Schnittstellenprobleme. Wie können

diese aus Ihrer Sicht über die verschiedenen Verwaltungsstufen in einem föderal organisierten Land überwunden werden?

Sie betrachten damit nur die technischen Hürden, was aber nur ein Teil der Hindernisse darstellt. Das größte Hindernis ist aus meiner Sicht der seit Jahren fehlende Rechtsrahmen für die Digitalisierung und technisch die fehlende digitale Identität.

Generell können Medienbrüche nur durch Schnittstellen überwunden werden. Gute Schnittstellen bedürfen guter und gepflegter Standards. Sowohl flächendeckende Standards, als auch der notwendige Rechtsrahmen sind Dinge, die auf der Bundesebene bereitgestellt werden müssen. Gute Standards bedürfen dabei der Mitarbeit aller damit befasster Akteure. Damit meine ich nicht die Anwender, sondern die Softwarehersteller und die Behörden auf Bundes- und Landesebene, die Daten aus den Kommunen empfangen. Es ist in Mode gekommen, dass sich Anwender zusammensetzen und Vorgaben machen. Das ist aber nicht zielführend, weil das detaillierte KnowHow bei den Fachverfahrensherstellern (Softwarehäuser) liegt. Das wäre so, als wenn wir als Kunden uns zusammensetzen und die Standards für unser Auto definieren. Das Ergebnis wäre sehr schick, würde aber nicht fahren. Genauso ist die Situation in der IT.

Es gibt etablierte und gut funktionierende Standards über alle föderalen Ebenen, die zusammen mit den Softwareherstellern entwickelt und gepflegt werden. Einen Konsens zu erzielen ist teils mühsam und zeitraubend, führt aber zu guten nachhaltigen Standards. Mit Geld lassen sich die Prozesse etwas beschleunigen, weil dadurch mehr Ressourcen zur Verfügung stehen. Aber eine fundierte Betrachtung eines zu standardisierenden Datenaustausches unter Einbeziehung aller beteiligten Akteure braucht immer Zeit. Hier dogmatisch an dem Jahr 2022 festzuhalten ist aus meiner Sicht nicht zielführend und könnte zur Folge haben, dass uns die schnell gestrickten Dinge danach auf die Füße fallen. Ein dann deutschlandweiter Verwaltungs-Lockdown durch fehlerhafte oder lückenhafte IT-Systeme wäre ein größeres Desaster als eine Reihe nicht fertiger digitaler Leistungen Ende 2022.

Die Verwaltungsmitarbeiter gelten als Schlüssel bei der digitalen Transformation - wie sollten die Mitarbeiter auf diesem Weg begleitet werden?

Wenn man die Mitarbeiter nicht überfährt und über ihre Köpfe hinweg Entscheidungen trifft, kann man sie auch für die Digitalisierung gewinnen. Geben sie einer Mitar-

beiterin oder einem Mitarbeiter die Verantwortung und Kompetenzen für die Digitalisierung eines konkreten Prozesses in der Verwaltung und sie werden 1. sich wundern über das persönliche Engagement für die Digitalisierung und 2. vermeintlich völlig neue Fähigkeiten ihrer Mitarbeiter entdecken.

DEBATTENBEITRAG

16.07.2020 | INTERVIEW

VERWALTUNGEN BEFINDEN SICH NOCH AM ANFANG DES DIGITALISIERUNGSMARATHONS

Wo es vorwärts geht und wo noch Tempo gemacht werden muss



Dr. Donovan Pfaff, Experte des VeR zu eGovernment und Geschäftsführer Bonpago GmbH [Quelle: Bonpago GmbH]

"Die Corona-Krise zeigt sehr deutlich, was in den vergangenen Jahren versäumt wurde – egal ob in Schule oder Verwaltung", sagt VeR-Experte und Bonpago-Chef Dr. Donovan Pfaff mit Blick auf die Digitalisierung. Er kennt durchaus positive Umsetzungsbeispiele - aber auch viele Hindernisse, die es auf dem Weg zur digitalen Verwaltung zu meistern gilt.

Nach dem Onlinezugangsgesetz (OZG) sollen ab 2022 Verwaltungsleistungen über digitale Verwaltungsportale angeboten werden – wie weit sind die Verwaltungen auf dem Weg dahin?

Was wir gerade erleben – die Digitalisierungsinitiativen nehmen immer weiter zu und

ermöglichen transparentere und effizientere Abläufe in den Verwaltungen von Bund, Ländern und Kommunen. Laut Onlinezugangsgesetz sollen bis zum Jahr 2022 575 Verwaltungsleistungen in Deutschland auch online zur Verfügung stehen. Doch bis dahin ist es noch ein langer Weg. Umständliche Abläufe, inkompatible Technik, langwierige Gesetzesänderungen, Mitarbeiterüberzeugung sind alles Steine, die es auf dem Weg zum Ziel zu meistern gilt. Der Föderalismus lässt hier kaum schnelle Lösungen zu. Um das zu erreichen, brauchen Verwaltungen passende Strategien und Werkzeuge – und vielleicht an der ein oder anderen Stelle den richtigen Mentor. Der Status Quo zeigt, dass Verwaltungen sich noch am Anfang des Digitalisierungsmarathons befinden und dass es sehr schwierig wird, das Ziel rechtzeitig zu erreichen. Aber es gibt positive Umsetzungsbeispiele, wie Familienleistungen oder die Umstellung auf elektronischen Rechnungsempfang, welche schon weit fortgeschritten sind. So sind z.B. nahezu alle Bundesverwaltungen bereits seit Ende letztem Jahres bereit für den elektronischen Rechnungsempfang.

Welchen Schub hat die Corona-Krise der Digitalisierung in Verwaltungen gegeben und wie nachhaltig ist dieser ggf.?

Die Corona-Krise zeigt sehr deutlich, was in den vergangenen Jahren versäumt wurde – egal ob in Schule oder Verwaltung. An der weiteren Digitalisierung führt kein Weg vorbei. Spätestens jetzt ist der richtige Zeitpunkt gekommen, um anzugreifen, und die Digitalisierung der Verwaltung nicht dem Zufall zu überlassen. Dies gilt übrigens analog auch für viele Unternehmen. Wir freuen uns, dass viele aus dem jahrelangen Dornröschenschlaf erwacht sind und beginnen, interne Prozesse zu überdenken und neu und nachhaltig zu gestalten sowie Tools einzuführen, die Verwaltungen in ihrer Zusammenarbeit nachhaltig unterstützen sollen. Wir sagen immer: Das Back-Office einer jeden Verwaltung sollte so digitalisiert sein, dass Prozesse möglichst nahtlos ablaufen. Das ist das Ziel unserer Arbeit.

Als größtes Hindernis für eine weitere Digitalisierung der Verwaltung gelten nach einer neuen Studie Medienbrüche und Schnittstellenprobleme. Wie können diese aus Ihrer Sicht über die verschiedenen Verwaltungsebenen in einem föderal organisierten Land überwunden werden?

Zu diesem Thema lassen sich etliche Beispiele finden. Wo die Konsolidierung der vom Bürger zu erhebenden Daten rund um die Hundesteuer schon innerhalb eines Bundeslandes aufgrund verschiedener kommunaler Regelungen misslingt, braucht man

an eine einfache bundesweite Oberfläche gar nicht zu denken. Insbesondere die Entwicklung und das Zusammenspiel der Portale stellt sich als Engpass heraus. Und innerhalb der Verwaltung entstehen Medienbrüche und Ineffizienzen aufgrund der Vielzahl von Fachanwendungen. Bis in einer Kommune die Datenströme nahtlos laufen, ist es ein weiter Weg, der oftmals – auch aufgrund mangelnder interner Ressourcen – von den Anbietern gesteuert wird. Hier ist es nie zu spät für eine Digitalisierungsstrategie – idealerweise eine konkrete Roadmap, denn Hochglanz-Broschüren mit bunten Bildern und Allgemeinplätzen helfen bei der Umsetzung nur bedingt. Die Initiativen des Bundes zu einer Vereinheitlichung im Rahmen der IT-Strategie gehen hier aber in die richtige Richtung.

Die Verwaltungsmitarbeiter gelten als Schlüssel bei der digitalen Transformation – wie sollten die Mitarbeiter auf diesem Weg begleitet werden?

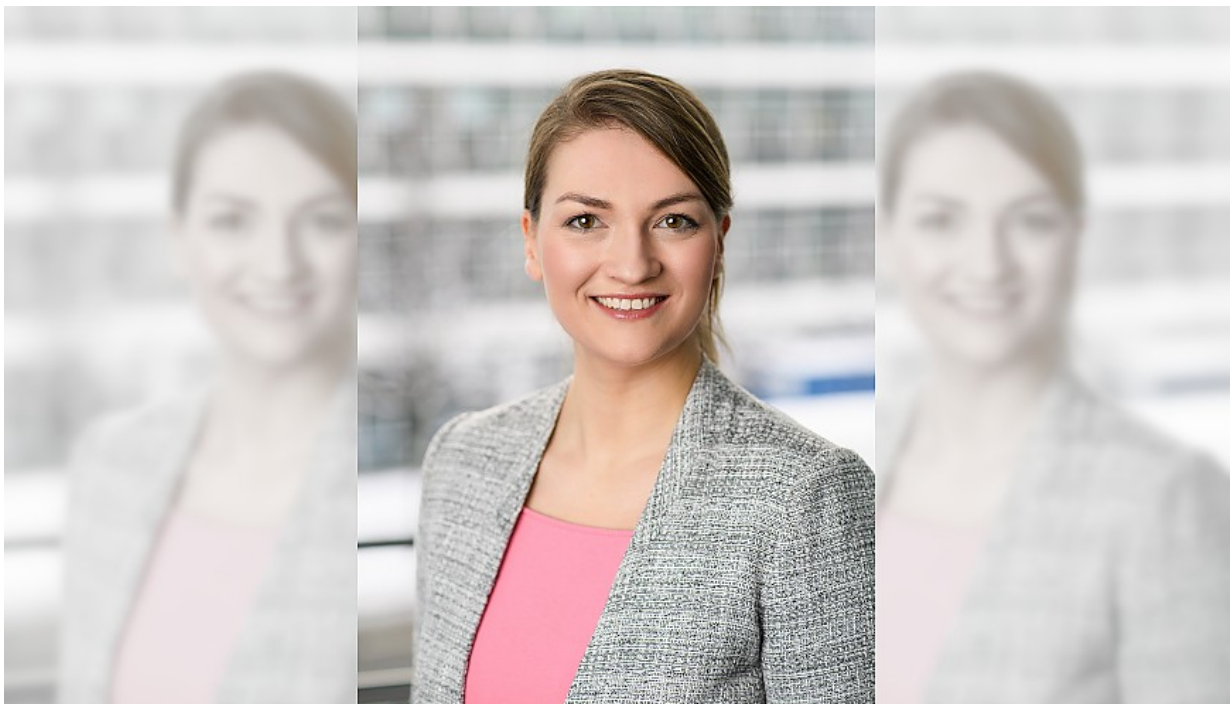
Für eine nachhaltige Digitalisierung wird neben dem Einsatz neuer Technologien die Gestaltung der notwendigen Veränderungsprozesse immer wichtiger. Dabei spielen Mitarbeiter die entscheidende Rolle. In vielen Digitalisierungsprojekten erleben wir, dass sich Verwaltungen mit der Vorbereitung ihrer Belegschaft auf die Transformation von Prozessen, Technik und Arbeitsweisen schwertun. Hauptgrund für das Scheitern von Digitalisierungsprojekten ist die mangelnde Mitarbeiterakzeptanz – leider wird diese erst sehr spät im Projekt sichtbar. Deshalb sollten Beteiligte von Beginn an in das jeweilige Projekt einbezogen werden. Eine offene Kommunikationskultur und die Mitarbeiterbefähigung sind dabei genauso wichtig wie das Vorgehen der Führungskräfte. Man muss nicht Digitalisieren zum Selbstzweck – aber da wo es nötig ist, sollte man positiv und ohne Angst herangehen. Digitalisierung geht nur gemeinsam und bei allen digitalen Inhalten sollten wir die Menschen nicht vergessen.

DEBATTENBEITRAG

20.07.2020 | INTERVIEW

50 DER WICHTIGSTEN VERWALTUNGSLEISTUNGEN IN BAYERN BEREITS DIESES JAHR DIGITAL

Wie der Freistaat seinen eigenen OZG-Masterplan umsetzt



Judith Gerlach - Staatsministerin für Digitales, Freistaat Bayern [Quelle: Joerg Koch/ StMD]

"Dass es in Bayern rund läuft, verdanken wir vor allem dem engen Schulterschluss zwischen Staat und den Kommunen", sagt die zuständige Staatsministerin Judith Gerlach mit Blick auf die Digitalisierung der Verwaltung im Freistaat. In manchen Punkten gehe Bayern über die Forderungen der OZG-Umsetzung hinaus und ebne so bereits jetzt den Weg zur Volldigitalisierung der Verwaltung.

Nach dem Onlinezugangsgesetz (OZG) sollen ab 2022 Verwaltungsleistungen über digitale Verwaltungsportale angeboten werden - wie weit sind die Verwaltungen in Ihrem Bundesland auf dem Weg dahin?

Für Bayern war schnell klar, dass das Onlinezugangsgesetz ein sehr hilfreicher Schritt

für die digitale Transformation unserer ganzen Verwaltung sein kann. Mit entsprechend viel Power und Ehrgeiz starteten wir und können deshalb 50 der wichtigsten Verwaltungsleistungen bereits dieses Jahr anbieten – zwei Jahre vor der Frist.

Wir sind also voll im Plan – unserem eigens entwickelten OZG-Masterplan. Neben den strategischen Leitlinien und den Zuständigkeiten unterstützen wir hier die einzelnen Verwaltungen auch bei der Priorisierung der Verwaltungsleistungen. Dazu zählt auch die Bereitstellung unseres OZG-Monitoring-Tools – eine große Hilfe zur Koordinierung und Steuerung der einzelnen Maßnahmen.

Dass es in Bayern rund läuft, verdanken wir vor allem dem engen Schulterschluss zwischen Staat und den Kommunen – das Gesicht vor Ort zu den Bürgerinnen und Bürgern. Seit letztem Jahr unterstützen wir hier gezielt durch ein eigenes Förderprogramm: Das digitale Rathaus. Damit fördern wir zielgerichtet die Beschaffung von neuen Online-Diensten bei den Kommunen. Wir sind also auf einem guten Weg.

Welchen Schub hat die Corona-Krise der Digitalisierung in Verwaltungen gegeben und wie nachhaltig ist dieser ggf.?

Kurz gesagt: Einen gewaltigen Schub. Die Corona-relevanten Anträge für Soforthilfe oder auch den Pflegebonus haben wir sowieso „digital first“ entworfen. Da wir auf staatlicher Seite dank der OZG-Umsetzung eh schon mit Volldampf unterwegs sind, ging das wirklich sehr schnell.

Profitiert haben wir zudem davon, dass wir schon seit längerem allen Behörden kostenfrei ein sicheres Kontaktformular über das BayernPortal anbieten. Damit können Anfragen jeder Art, formlose Anträge und ausgefüllte PDF-Formulare sicher digital und schriftformersetzend an Behörden übermittelt werden. Es gab einen regelrechten Run auf dieses Angebot, welches uns auch sicherlich nach Corona erhalten bleibt. Ein absoluter Mehrwert.

Bemerkenswert finde ich, wie deutlich sich coronabedingte Erleichterungen bei den Online-Verfahren in den Nutzerzahlen niederschlagen. Bei der Fahrzeugzulassung beispielsweise um den Faktor 20, seitdem statt der Ausweisfunktion des Personalausweises ein Benutzername mit Passwort ausreicht. Das sollten wir für die Zukunft schon im Hinterkopf behalten, wenn wir über Nutzerzentrierung sprechen.

Als größtes Hindernis für eine weitere Digitalisierung der Verwaltung gelten nach einer neuen Studie Medienbrüche und Schnittstellenprobleme. Wie können diese aus Ihrer Sicht über die verschiedenen Verwaltungsebenen in der föderal organisierten Bundesrepublik überwunden werden?

Fangen wir an der Basis an, bei den Rathäusern und anderen Behörden mit viel direktem Bürgerkontakt. Über ein digitales Formular freuen sich natürlich erstmal alle Antragsteller. Der große Mehrwert entsteht aber erst, wenn es auch hinter den Kulissen digital weitergeht. Erst dann wird es schneller, effizienter, transparenter. Deshalb ist es uns so wichtig, dass die Anbindung an die verschiedenen Fachverfahren gleich von Anfang mitgedacht werden. Bayern geht damit über die Forderungen der OZG-Umsetzung hinaus und ebnet so bereits jetzt den Weg zur Volldigitalisierung der Verwaltung.

Natürlich hilft aber es wenig, wenn der Medienbruch nur nach oben getragen wird. Wir haben uns deshalb in unserem OZG-Masterplan bewusst dafür entschieden, dass Bayern im Bund-Länder-Kontext voranschreitet und die bereits entwickelten Dienste zur Nachnutzung für Alle bereitstellt. Andere Länder machen es ebenso – das Vorgehen „Einer für Alle“ halte ich an dieser Stelle für goldrichtig.

Mit der längst fälligen Registermodernisierung schaffen wir dann hoffentlich auch, dass die Bürgerinnen und Bürger ganz nach dem Once-Only-Prinzip viele Daten und Nachweise nur noch einmal angeben müssen. Wenn gewünscht, tauschen die Behörden die bereits vorliegenden Daten einfach untereinander aus. Ich bin zuversichtlich, dass mit solch offenen Schnittstellen sowie gemeinsamen Standards und modular einsetzbaren Basisdiensten die durchgängige Digitalisierung der Verwaltung bald Realität wird.

Die Verwaltungsmitarbeiter gelten als Schlüssel bei der digitalen Transformation - wie sollten die Mitarbeiter auf diesem Weg begleitet werden?

In Bayern gehen wir hier zweigleisig vor: Mit dem Programm „Digitalallotse“ geben wir allen bayerischen Kommunen die Möglichkeit, ausgewählte Beschäftigte zu „digitalen Ansprechpartnern“ weiterbilden zu lassen. Das müssen keine IT-Experten sein, sondern sie können aus allen Bereichen der Verwaltung kommen. Sie kennen die rechtlichen Erfordernisse, haben Erfahrung in den Abläufen ihrer Verwaltung und ein gutes Händchen für die Menschen, die vom digitalen Wandel betroffen sind.

Mit dem „Digital.Campus Bayern“ verfolgen wir zusätzlich eine breit angelegte Qualifizierungsstrategie, die auf die Verwaltung zugeschnitten ist und den individuellen Kompetenzerwerb bedarfsgerecht begleitet. Hierzu implementieren wir ein modular aufgebautes Trainingsprogramm auf einer digitalen Plattform und bringen ein behördenübergreifendes Netzwerk zusammen. Erste Pilotmodule wollen wir schon bis Anfang 2021 starten.

DEBATTENBEITRAG

27.07.2020 | INTERVIEW

EINFÜHRUNG DER E-RECHNUNG ALS BEISPIEL FÜR DIGITALISIERUNG DER VERWALTUNG

Wie das ITZBund die digitale Transformation begleitet



Dr. Alfred Kranstedt, Direktor des ITZBund [Quelle: Christian Daitche www.fotobonn.de]

„Unter dem Motto „Users First“ hat in der öffentlichen Verwaltung ein Perspektivwechsel stattgefunden“, sagt Dr. Alfred Kranstedt, Direktor des ITZBund. Bei der Gestaltung digitaler Prozesse und Dienste ist es danach oberstes Prinzip, dass sie den konkreten Bedarfen der Bürgerinnen und Bürger entsprechen. Als gutes Beispiel nennt er die Einführung der E-Rechnung. Er setzt darauf, die Kooperation zwischen allen Verwaltungsebenen zu stärken.

Nach dem Onlinezugangsgesetz (OZG) sollen ab 2022 Verwaltungsleistungen über digitale Verwaltungsportale angeboten werden - wie weit sind die Verwaltungen auf dem Weg dahin?

Es kommt nun darauf an, die Kooperation zwischen allen Verwaltungsebenen zu stärken und das Engagement auf allen Seiten noch einmal zu erhöhen. Wir wollen von den besten Ideen und den nutzerfreundlichsten Lösungen profitieren. Schließlich vermeidet die Zentralisierung sämtlicher Entwicklungsaktivitäten für Basis- und Querschnittsdienste im Bund die Entstehung redundanter Parallelkonzepte und folglich auch alle damit verbundenen Mehrfachaufwendungen.

Unter dem Motto „Users First“ hat in der öffentlichen Verwaltung ein Perspektivwechsel stattgefunden. Bei der Gestaltung digitaler Prozesse und Dienste ist es oberstes Prinzip, dass sie den konkreten Bedarfen der Bürgerinnen und Bürger entsprechen. Mit dem neuen Servicestandard des BMI wird nun eine wichtige Handreichung geboten, um die Digitalisierungsprozesse nach einheitlichen Qualitätskriterien auszurichten.

Bei der technischen Realisierung der Verwaltungsleistungen leistet das ITZBund einen wichtigen Beitrag. Die Einführung der E-Rechnung ist ein gutes Beispiel für ein E-tappenziel auf dem Weg. Sowohl Unternehmen als auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung können die Vorteile der digitalen Rechnungsstellung und Bearbeitung umfassend nutzen.

Welchen Schub hat die Corona-Krise der Digitalisierung in Verwaltungen gegeben und wie nachhaltig ist dieser ggf.?

Die Motivation zur Digitalisierung ist aktuell höher denn je, weil die Krise die Abhängigkeit der Verwaltung von IT offenbarte. Für das ITZBund als zentraler IT-Dienstleister der Bundesverwaltung bedeutete das in der Praxis, schnellstmöglich die notwendigen mobilen Einwahlplattformen bereitzustellen, um den Beschäftigten der Behörden und Ministerien Home-Office zu ermöglichen.

Dank der Bereitschaft zum unkonventionellen Handeln und großem Engagement der Beschäftigten konnte vielleicht sogar das ein oder andere Vorurteil über den öffentlichen Dienst entkräftet werden. So haben zum Beispiel viele Städte kurzfristig digitale Terminbuchungssysteme eingeführt, um Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu Verwaltungsleistungen trotz Corona zu ermöglichen. Ob Bund, Land oder Kommune: Die Verwaltung hat bewiesen, dass sie flexibel reagieren und Personal sowie Know-how zielgenau einsetzen kann. Diesen Elan sollten wir nutzen, um die Verwaltung re-

silient und zukunftsfähig aufzustellen.

Als größtes Hindernis für eine weitere Digitalisierung der Verwaltung gelten nach einer neuen Studie Medienbrüche und Schnittstellenprobleme. Wie können diese aus Ihrer Sicht über die verschiedenen Verwaltungsebenen in einem föderal organisierten Land überwunden werden?

Gerade in einem föderalen System sind gemeinsame Standards von Datenformaten besonders wichtig. Dass das funktionieren kann, zeigen erfolgreiche Beispiele wie X-Rechnung oder XVergabe. Diesen Weg sollten wir konsequent weiter fortsetzen, denn er gestaltet die IT über alle Ebenen hinweg plattformunabhängig.

Wir müssen dafür sorgen, dass alle internen Verwaltungsprozesse durchgängig digitalisiert und damit frei von Medienbrüchen sind. Ein Beispiel dafür ist die Anbindung des vom ITZBund bereitgestellten Formular-Management-Systems (FMS) an die E-Akte Bund. Damit werden gleich zwei zentrale Lösungen der Dienstekonsolidierung des Bundes miteinander verzahnt und ein weiterer wichtiger Schritt zur Digitalisierung von Verwaltungsleistungen im Sinne des OZG gegangen. Um den Behörden zusätzliche Prozessoptimierungen zu bieten, werden parallel verschiedene Integrationsmuster für die E-Akte Bund erarbeitet. Diese stellen die Grundlage für Schnittstellen zu ausgewählten Anwendungen dar und dienen als Blaupause für die Integration von systemübergreifenden Workflows. Durch die Anbindung können Bürgerinnen und Bürger über das FMS Anträge erfassen, welche den Behörden ohne Medienbrüche zur Bearbeitung und Veraktung in die E-Akte Bund übermittelt werden.

Die Verwaltungsmitarbeiter gelten als Schlüssel bei der digitalen Transformation - wie sollten die Mitarbeiter auf diesem Weg begleitet werden?

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung sind bereits stark für die Thematik der Digitalisierung sensibilisiert. Um die Verwaltung erfolgreich zu digitalisieren, braucht es eine hohe Veränderungsbereitschaft bei allen Beschäftigten. Es ist wichtig, dass sie stärker in den Mittelpunkt der digitalen Transformation rücken und nicht nur die technologischen Komponenten berücksichtigt werden. Eine ganzheitliche Kommunikation sorgt für Transparenz, Akzeptanz und baut Vertrauen auf. So werden aus Betroffenen Beteiligte, die sich aktiv in die neuen Veränderungsprozesse einbringen.

Auf allen Hierarchieebenen müssen neue Kompetenzen erworben werden, gleichzeitig haben auch die nachrückenden jungen Bewerberinnen und Bewerber veränderte Anforderungen an ihr Arbeitsleben. Wir gehen die dahingehende Weiterentwicklung einer modernen Personalpolitik im ITZBund bereits aktiv an. Entscheidend ist Know-how langfristig aufzubauen, Schlüsseltechnologien zu beherrschen und den internen Transfer dieses Wissens nachhaltig abzusichern.

DEBATTENBEITRAG

30.07.2020 | INTERVIEW

DAS PRINZIP DER NACHNUTZUNG REDUZIERT SCHNITTSTELLEN

Wie die Verwaltungsebenen digital zueinander finden



Dr. Sönke E. Schulz, Vorsitzender des NEGZ und Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages [Quelle: pr]

Der Vorsitzende des Nationalen E-Government Kompetenzzentrums NEGZ, Dr. Sönke E. Schulz, ist mit Blick auf die Digitalisierung der Verwaltung(en) zuversichtlich, "dass nun Fahrt in der Umsetzung aufgenommen wird und nach und nach Online-Verfahren zu sehen sind". Beim Rechtsrahmen sieht er weiterhin Handlungsbedarf.

Nach dem Onlinezugangsgesetz (OZG) sollen ab 2022 Verwaltungsleistungen über digitale Verwaltungsportale angeboten werden - wie weit sind die Verwaltungen auf dem Weg dahin?

Selbstverständlich ist zur Hälfte der Umsetzung nicht automatisch auch die Hälfte umgesetzt. Am Anfang eines Prozesses stehen Konzeptionen, Abstimmungen und

vieles mehr. Ich bin aber zuversichtlich, dass nun Fahrt in der Umsetzung aufgenommen wird und nach und nach Online-Verfahren zu sehen sind. Das Prinzip der Nachnutzung zwischen Ländern, IT-Dienstleistern und Kommunalverwaltungen wird ein relevanter Erfolgsfaktor sein, die Ziele zu erreichen. Hier muss technisch und organisatorisch noch nachgelegt werden.

Welchen Schub hat die Corona-Krise der Digitalisierung in Verwaltungen gegeben und wie nachhaltig ist dieser ggf.?

Corona hat gezeigt, dass von einer zunehmend digitalen Verwaltung beide Seiten profitieren: die Bürger durch einen jederzeit und von überall verfügbaren Service, die Mitarbeiter der Verwaltung durch die Möglichkeit, neue Formen der Arbeit (Home-Office) vermehrt zu nutzen. Die Krise hat eindrucksvoll die Leistungsfähigkeit der deutschen öffentlichen Verwaltung unter Beweis gestellt. Zum Beispiel auch, dass es innerhalb kürzester Zeit möglich war, ganze Verwaltungen ins Home-Office zu bringen, ohne dass die Leistungserbringung darunter gelitten hätte. Daran gilt es anzuknüpfen.

Als größtes Hindernis für eine weitere Digitalisierung der Verwaltung gelten nach einer neuen Studie Medienbrüche und Schnittstellenprobleme. Wie können diese aus Ihrer Sicht über die verschiedenen Verwaltungsebenen in einem föderal organisierten Land überwunden werden?

Die Schnittstellen-Problematik lässt sich nur durch vermehrte Kooperation (also die Abstimmung des Handelns aufeinander), aber auch Kooperation (das gemeinsame Handeln) in den Griff bekommen. Aufgrund des Vollzugs von vielen Aufgaben durch die Kommunen kommt der Abstimmung von Land und Kommunen erhebliche Bedeutung zu. Kommunale Anforderungen müssen artikuliert und eingebracht werden können, ohne aber den Anspruch zu erheben „jeder macht alles“. Auch hier gilt: das Prinzip der Nachnutzung reduziert Schnittstellen.

Dabei sollte man mehr als bisher auch die internen Prozesse in den Mittelpunkt rücken: weitaus problematischer als der Wechsel von Anwendungen zwischen den Ländern ist der Umstand, dass oft nicht medienbruchfrei vom Online-Verfahren in die Fachverfahren übergeben werden kann. Die Fachverfahrenshersteller müssen hier ihren Teil zur OZG-Umsetzung beitragen, es müssen Standards definiert und Schnittstellen bereitgestellt werden. Dies ist aber ein langer Prozess: Möglichweise müssen

auch „Übergangslösungen“, zum Beispiel in Form von robotergestützter Prozessautomatisierung (RPA) zum Einsatz kommen.

Medienbrüche lassen sich reduzieren, indem „digital“ zum neuen Standard, also zum Normalfall der Kommunikation erhoben wird. Dies ist faktisch oft der Fall; der Rechtsrahmen mit seinen zahlreichen Schriftformerfordernissen und den hohen Anforderungen, diese durch elektronische Mittel zu ersetzen, bleibt aber ein Hindernis. Hier besteht weiterhin Handlungsbedarf.

Die Verwaltungsmitarbeiter gelten als Schlüssel bei der digitalen Transformation - wie sollten die Mitarbeiter auf diesem Weg begleitet werden?

Neben der ständigen Fort- und Weiterbildung kommt der Ausbildung und den Ausbildungsinhalten eine Schlüsselrolle zu. Die (zukünftigen) Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung müssen an den Fachhochschulen und in der Ausbildung die „digitale Verwaltung“ als Normalfall erleben. Hierzu müssen Lehrinhalte angepasst und Schwerpunkte verlagert werden. Auch Methodenwissen und interdisziplinäres Wissen gehören hierzu.

Viele Fachhochschulen des Öffentlichen Dienstes haben sich bereits auf den richtigen Weg gemacht. Aber auch die Universitäten müssen nachziehen: wenn noch ein erheblicher Anteil, insbesondere der Führungskräfte, mit rechtswissenschaftlichem Hintergrund rekrutiert wird, müssen also auch im Rahmen der juristischen Ausbildung Verwaltungslehre und Verwaltungswissenschaften, jenseits der „Kernkompetenz“ des Verwaltungsrechts, mehr Gewicht bekommen.

DEBATTENBEITRAG

05.08.2020 | INTERVIEW

BADEN-WÜRTTEMBERG WILL EGOVERNMENT FÜR ALLE**Wo das Land auf dem Weg zur digitalen Verwaltung steht**

Thomas Strobl - stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration in Baden-Württemberg [Quelle: Laurence Chaperon]

Baden-Württemberg Innenminister Thomas Strobl betont, sein Haus arbeitet "an der Entwicklung einer Vielzahl digitaler OZG-Standardprozesse, die die hohen Anforderungen, die das OZG an uns stellt, erfolgreich abbilden können." Keine Kommune müsse das alleine entwickeln, wir arbeiten hier in Baden-Württemberg gemeinsam, Hand in Hand. Die ersten Prozesse stehen bereits zur Verfügung, weswegen der Minister sein Land "zu den Spitzenreitern in der OZG-Umsetzung" zählt.

Nach dem Onlinezugangsgesetz (OZG) sollen ab 2022 Verwaltungsleistungen über digitale Verwaltungsportale angeboten werden - wie weit sind die Verwaltungen in Ihrem Bundesland auf dem Weg dahin?

In Baden-Württemberg haben wir bei der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen

ein gemeinsames Ziel: eGovernment für alle – für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen. Wir sind da auf einem sehr guten Weg! Mein Ministerium arbeitet deshalb bereits an der Entwicklung einer Vielzahl digitaler OZG-Standardprozesse, die die hohen Anforderungen, die das OZG an uns stellt, erfolgreich abbilden können. Keine Kommune muss das alleine entwickeln, wir arbeiten hier in Baden-Württemberg gemeinsam, Hand in Hand.

Stand jetzt, besitzen zwischenzeitlich fast alle unserer Kommunen und Landkreise ein Behördenkonto auf unserer zentralen eGovernment-Plattform service-bw. Damit können sie bereits jetzt digitale Anträge entgegennehmen und bearbeiten. Dafür kann dort auch jeder potentielle Antragssteller in wenigen Minuten ein Servicekonto einrichten, über welches unterschiedlichste Anträge gestellt und sicher mit der jeweiligen Behörde kommuniziert werden kann.

Die ersten fünf OZG-Standardprozesse konnten wir schon im Frühjahr 2020 auf service-bw allen 1101 Kommunen in Baden-Württemberg zur Verfügung stellen. Damit zählt Baden-Württemberg bereits jetzt bundesweit zu den Spitzenreitern in der OZG-Umsetzung - weitere Prozesse folgen im Sommer.

Welchen Schub hat die Corona-Krise der Digitalisierung in Verwaltungen gegeben und wie nachhaltig ist dieser ggf.?

Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, wie wichtig die Verfügbarkeit von digitalen Verwaltungsleistungen ist. In einem agilen Projekt haben wir deshalb in kürzester Zeit einen „Universalprozess“ entwickelt, mit dem fast jede der insgesamt 1.000 auf service-bw hinterlegten Verwaltungsleistungen auch als Online-Antrag angeboten werden kann.

Was als schnelle digitale Hilfe in der Krise entstanden ist, hat uns bei der OZG-Umsetzung einen gewaltigen Schub gegeben. Denn alle Verwaltungsleistungen, die von den Kommunen mit dem Universalprozess digital angeboten werden, erfüllen schon jetzt die Mindestanforderungen des OZG. Parallel entwickeln wir den Prozess laufend weiter.

Insgesamt nutzen so bereits mehr als 100 Kommunen den Universalprozess um bis zu 300 Verwaltungsleistungen online anzubieten. Und was noch viel wichtiger ist: Die

Kommunen bringen sich gemeinsam mit uns aktiv in den Prozess der Weiterentwicklung ein. Gleichzeitig treiben wir jedoch auch unseren strategischen Ansatz, der Entwicklung von nutzerzentrierten OZG-Standardprozessen, weiter voran. Denn unser Ziel ist klar, einen digitalen Zugang zu unserer Verwaltung für alle Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg zu schaffen und so auch weiterhin die Entwicklung an der Spitze voranzutreiben!

Als größtes Hindernis für eine weitere Digitalisierung der Verwaltung gelten nach einer neuen Studie Medienbrüche und Schnittstellenprobleme. Wie können diese aus Ihrer Sicht über die verschiedenen Verwaltungsebenen in der föderal organisierten Bundesrepublik überwunden werden?

Das Problem der Medienbrüche und Schnittstellen lässt sich von Bund, Ländern und Kommunen nur gemeinsam lösen. Unser Ziel ist es daher, dass Anträge nicht nur innerhalb Baden-Württembergs, sondern auch darüber hinaus zwar jederzeit auf Papier gestellt werden können, aber nicht länger müssen.

Hierfür benötigen wir kompatible Schnittstellen zu den Fachverfahren, aber auch eine verbesserte Integration der großen Register des Bundes, um gemeinsames eGovernment auch tatsächlich möglich zu machen. Hier ist Nachholbedarf gefordert. Voraussetzung hierfür ist für uns aber, dass der Datenschutz an erster Stelle stehen muss. Deswegen achten wir darauf, dass nicht jeder Leserechte erhält, sondern nur diejenigen, die diese zur Bearbeitung benötigen. Handlungsleitend ist für uns zu jedem Zeitpunkt das Need-to-know-Prinzip.

So wollen wir die verschiedenen Systeme miteinander verbinden – das wird ein Kraftakt, weswegen wir bereits jetzt dafür sorgen, dass die Daten der elektronischen Anträge direkt über kompatible Schnittstellen aus service-bw über eine Middleware in die Fachverfahren der jeweiligen Behörden gelangen, dort beantwortet werden und der Bescheid anschließend an die antragstellende Person zurückgesendet wird. Obwohl wir hier schon heute auf einem sehr guten Weg sind, arbeiten wir mit Hochdruck weiter daran, dass wir noch besser werden!

Die Verwaltungsmitarbeiter gelten als Schlüssel bei der digitalen Transformation - wie sollten die Mitarbeiter auf diesem Weg begleitet werden?

Die Digitalisierung unserer Verwaltungsleistungen ist eine der größten Transformati-

Leistungen der Verwaltung im 21. Jahrhundert – technisch, aber auch kulturell. Der Schlüssel für das Gelingen der digitalen Transformation sind hierbei in erster Linie die Menschen, denn der digitale Wandel beginnt im Kopf.

Aus diesem Grund haben wir im Zuge der Digitalakademie@bw das Programm „Digital Leadership“ für eine breite Qualifizierungsoffensive unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Baden-Württemberg aufgelegt. Egal ob Kommunal- oder Landesverwaltung, wir bereiten unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter damit gezielt auf die Veränderungen der Digitalisierung vor, begeistern sie für deren Möglichkeiten und schaffen Raum für einen differenzierten Dialog, um auch in Zukunft den Wandel proaktiv zu gestalten.

Dafür begleiten wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aber auch im alltäglichen Prozess der voranschreitenden Digitalisierung, zum Beispiel durch flankierende Maßnahmen aus den Bereichen Fortbildung und betriebliches Gesundheitsmanagement, denn nur so können wir den rasanten Wandel auch nachhaltig bewältigen. Daneben bilden wir auch auf kommunaler Ebene gezielt sogenannte Digitallotsen aus, die als Multiplikatoren die digitalen Veränderungen vor Ort begeisternd vorantreiben und aktiv mitgestalten sollen. Sie sind querschnittsdenkende Digitalexperten, direkte Ansprechpartner und geben ihren Kolleginnen und Kollegen vor Ort wichtige Impulse, damit diese sich auch langfristig proaktiv einbringen.

So entstehen Synergieeffekte auf allen Ebenen, denn eines ist klar: nur miteinander und auf Augenhöhe entsteht die Kreativität, Inspiration und gemeinsame Begeisterung, die wir zur nachhaltigen Weiterentwicklung unserer digitalen Kompetenzen brauchen. Wir nehmen alle mit! Die digitale Transformation der Verwaltung soll ein Raum für alle werden.

DEBATTENBEITRAG

17.08.2020 | INTERVIEW

NACH STANDESAMTSPORTAL IST AUCH SERVICEPORTAL IN HESSEN ONLINE

Und welche Verwaltungsbereiche als nächstes digital werden



Prof. Dr. Kristina Sinemus - Hessische Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung [Quelle: digitales.hessen/ Salome Roessler/ lensandlight]

"Insgesamt kommt die Umsetzung des OZG in Hessen gut voran", sagt Prof. Dr. Kristina Sinemus, Hessische Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung. In Hessen gibt es eine Plattform, mit der für alle Kommunen die Möglichkeit haben, eingehende Anträge mit einem durchgängigen elektronischen Prozess zu bearbeiten.

Nach dem Onlinezugangsgesetz (OZG) sollen ab 2022 Verwaltungsleistungen über digitale Verwaltungsportale angeboten werden - wie weit sind die Verwaltungen auf dem Weg dahin?

Das Land Hessen unterstützt die Kommunen bei der Digitalisierung der Verwaltung vielfältig. Mit der Plattform ‚Civento‘ stellen wir durch den IT-Dienstleister ekom21

den Kommunen eine Plattform zur Verfügung, mit der für alle Kommunen die Möglichkeit besteht, eingehende Anträge mit einem durchgängigen elektronischen Prozess zu bearbeiten. Dies schafft einen echten Mehrwert, sowohl bei der Behörde in Form von einer Reduktion des Aufwandes und der Fehleranfälligkeit als auch beim Antragsteller durch eine schnellere Bearbeitung. Insgesamt kommt die Umsetzung des OZG in Hessen gut voran. Nach dem Landesamtsportal ist in Hessen mit dem Serviceportal ein weiterer Baustein zur Umsetzung des OZG bereits realisiert worden. Über die Plattform kann etwa die Übernahme von Kita-Gebühren bei den Jugendämtern vorgenommen werden. Hessen hat sich auch im Rahmen des OZG und seiner Digitalisierungsstrategie intensiv bei der digitalen Umsetzung des Arbeitslosengeld-II-Antrags eingebracht und frühzeitig die Federführung übernommen. Inzwischen können alle 104 kommunalen Jobcenter in Deutschland die erste Version des digitalen Antrags nutzen. Damit werden sowohl die kommunalen Jobcenter als auch Millionen von Antragstellenden entlastet. Aktuell ist auch die digitale Beantragung des Führerscheins in Planung, die Pilotierung soll im Spätsommer starten.

Welchen Schub hat die Corona-Krise der Digitalisierung in Verwaltungen gegeben und wie nachhaltig ist dieser ggf.?

Gerade in der aktuellen Zeit zeigt es sich, wie wichtig eine funktionsfähige digitale Infrastruktur ist, die nicht zuletzt die technische Möglichkeit für das Home-Office für etliche Bürgerinnen und Bürger sichert. Die Hessische Landesregierung hat sich seit jeher für diese Lösungen stark gemacht, daher konnten in vielen Behörden ein Großteil der Beschäftigten aus dem Homeoffice arbeiten. Kurzfristig wurden in Coronazeiten die Zugriffe auf HessenAccess von 10.700 auf rund 40.000 erhöht, die auf die IT-Infrastruktur des Landes zugreifen können. Homeoffice und flexible Arbeitszeitmodelle werden auch nach der Krise nicht an Bedeutung verlieren.

Als größtes Hindernis für eine weitere Digitalisierung der Verwaltung gelten nach einer neuen Studie Medienbrüche und Schnittstellenprobleme. Wie können diese aus Ihrer Sicht über die verschiedenen Verwaltungsstufen in einem föderal organisierten Land überwunden werden?

Künftig sollen Antragsverfahren einfach, medienbruchfrei, sicher und digital genutzt werden können. Mit der Digitalisierungsplattform ‚Civento‘ erhalten Kommunen des Landes Hessen eine Plattform, die Abläufe in der Verwaltung verschlankt und effizienter gestaltet. Die Software ermöglicht es, dass eingegebene Daten automatisiert

den jeweiligen Fachverfahren über eine standardisierte Schnittstelle zur Verfügung gestellt werden und somit ein digitaler Arbeitsablauf generiert werden kann. Die Digitalisierungsplattform wird bereits von über einhundert Kommunen in Hessen genutzt, ekom21 plant den Rollout bis Ende des Jahres durchzuführen, so dass es alle hessischen Kommunen kostenfrei nutzen können.

Die Verwaltungsmitarbeiter gelten als Schlüssel bei der digitalen Transformation - wie sollten die Mitarbeiter auf diesem Weg begleitet werden?

Die Digitalisierung beeinflusst in den öffentlichen Verwaltungen Abläufe und Anforderungen in hohem Maße. Entsprechende Digitalkompetenzen der Beschäftigten sind eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung der Verwaltungs-digitalisierung. Das Projekt „eGov-Campus“ verfolgt unter Federführung des Chief Information Officer des Landes Hessen, Staatssekretär Patrick Burghardt, das Ziel, ein verwaltungsübergreifendes Bildungsangebot in dem Feld eGovernment/Verwaltungsinformatik zu schaffen. Die digitale Hochschulplattform soll in Zusammenarbeit mit den Hochschulen bereits etablierte innovative Lehr- und Lernkonzepte aufgreifen und für die Aus- und Weiterbildung in den öffentlichen Verwaltungen breiter nutzbar machen. Ziel des Projektes ist es, verwaltungsübergreifende Themenfelder digitaler Lehrmodule bereitzustellen, um der dringenden Weiterbildungsnachfrage gerecht zu werden.

DEBATTENBEITRAG

07.09.2020 | INTERVIEW

PANDEMIE UND "LOCKDOWN" HABEN NUTZEN DIGITALER LÖSUNGEN DEMONSTRIERT

Wie die Verwaltungen aber auch gelernt haben, wo es noch hakt



Alexander Handschuh, Sprecher Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB) [Quelle: DStGB]

Für Alexander Handschuh vom Städte- und Gemeindebund ist die Digitalisierung der Verwaltung "ein gewaltiges Umbauvorhaben für Bund, Länder und Kommunen." Man müsse jetzt richtig Gas geben, um den gesetzten Zeitplan zu erreichen. Bei der Frage nach dem Nutzen digitaler Lösungen mahnt er, auch die Verwaltungsmitarbeiter in den Blick zu nehmen.

Nach dem Onlinezugangsgesetz (OZG) sollen ab 2022 Verwaltungsleistungen über digitale Verwaltungsportale angeboten werden - wie weit sind die Verwaltungen auf dem Weg dahin?

Die Verwaltungen in Deutschland arbeiten mit Hochdruck an der Digitalisierung ihrer

Leistungen für Bürger und Unternehmen. Derzeit geht es bundesweit vor allem darum, einen klugen Weg zur Umsetzung der bislang entwickelten Lösungen zu finden. Hier ist es sicherlich sinnvoll, möglichst viele digitale Verwaltungsleistungen so zu konzipieren, dass sie in möglichst vielen Ländern und Kommunen zum Einsatz kommen können. Genau für diesen Zweck hat ja der Bund im Rahmen des Konjunkturpaketes noch einmal zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt. Klar ist aber auch: Das ist ein gewaltiges Umbauvorhaben für Bund, Länder und Kommunen und wir müssen jetzt richtig Gas geben, um den gesetzten Zeitplan zu erreichen.

Welchen Schub hat die Corona-Krise der Digitalisierung in Verwaltungen gegeben und wie nachhaltig ist dieser ggf.?

Das lässt sich derzeit noch nicht abschließend sagen. Sicher ist aber, dass die Pandemie und der "Lockdown" den Nutzen digitaler Lösungen sehr deutlich demonstriert haben. Verwaltungen haben ihre Arbeit in kürzester Zeit ins "Homeoffice" verlagert und waren dadurch in der Lage, weiterhin handlungsfähig zu bleiben. Ich denke, allen ist klar geworden, dass digitale Lösungen eine immense Bedeutung haben, wenn wir in derartigen Situationen agieren wollen. Insofern kann man tatsächlich von einem "Digitalisierungsschub" ausgehen. Es ist während der Pandemie allerdings auch deutlich geworden, woran es noch hakt. So müssen wir etwa in der digitalen Bildung oder bei der digitalen Vernetzung der verschiedenen Akteure im Gesundheitswesen aufholen.

Als größtes Hindernis für eine weitere Digitalisierung der Verwaltung gelten nach einer neuen Studie Medienbrüche und Schnittstellenprobleme. Wie können diese aus Ihrer Sicht über die verschiedenen Verwaltungsebenen in einem föderal organisierten Land überwunden werden?

Um durchgehend digitale Prozesse zu ermöglichen brauchen wir natürlich möglichst einheitliche Standards und Schnittstellen. Für die öffentliche Verwaltung existieren bereits seit einigen Jahren entsprechende Standards, die unter dem Sammelbegriff "X-Öff"-Standards zusammengefasst werden. Sie sorgen dafür, dass Informationen über die Gemeinde- und Ländergrenzen hinweg zu verarbeiten sind und müssen konsequent Anwendung finden. Um Medienbrüche zu vermeiden sind durchgehend digitale Prozesse innerhalb der Verwaltungen notwendig. Das ist eine gewaltige Aufgabe, an der unter anderem die Kommunen seit Jahren arbeiten. Es ist aber nachvollziehbar, dass der Umstieg von der Papierakte auf die E-Akte nicht von heute auf mor-

gen funktionieren kann.

Die Verwaltungsmitarbeiter gelten als Schlüssel bei der digitalen Transformation - wie sollten die Mitarbeiter auf diesem Weg begleitet werden?

Ohne die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter läuft in den Verwaltungen gar nichts, unabhängig ob wir von analogen oder digitalen Dienstleistungen sprechen. Deswegen ist es wichtig, entsprechende Schulungs- und Weiterqualifizierungsangebote zu machen, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch in der digitalen Welt sicher und souverän agieren können. Von entscheidender Bedeutung ist es zudem, bei der Frage nach dem Nutzen digitaler Lösungen auch die Verwaltungsmitarbeiter in den Blick zu nehmen. Sie sind es schließlich, die mit den digitalen Anwendungen tagtäglich arbeiten. Nur wenn es gelingt, die digitale Transformation mit Motivation und Freude am Neuen zu verbinden werden wir dort erfolgreich sein.

DEBATTENBEITRAG

30.09.2020 | INTERVIEW

BEWÄHRTE AUSNAHMEREGLUNGEN SOLLTEN ZUR REGEL WERDEN

Wie die kommunalen IT-Dienstleister die Digitalisierung vorantreiben



Dr. Ralf Resch, Geschäftsführer der Bundes-Arbeitsgemeinschaft Kommunalen IT-Dienstleister e. V. (VITAKO) [Quelle: VITAKO]

Für VITAKO-Geschäftsführer Dr. Ralf Resch ist offenbar geworden, "dass eine funktionierende moderne Infrastruktur heute schlicht Basis vieler Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge darstellt". Sein Verband setzt sich dafür ein, dass nun Investitionen z. B. in die Schulen keine einmaligen, sondern langfristig gedacht werden müssen. An die Politik hat er klare Forderungen.

Nach dem Onlinezugangsgesetz (OZG) sollen ab 2022 Verwaltungsleistungen über digitale Verwaltungsportale angeboten werden - wie weit sind die Verwaltungen auf dem Weg dahin?

Laut „OZG-Informationsplattform“ haben bislang 30 der 575 Leistungen die „Reife-

gradstufe 3“ (von 4) erreicht, in der die Beantragung der Leistung inkl. aller Nachweise online abgewickelt werden kann. Bund, Länder und Kommunen haben also noch eine Menge Arbeit vor sich. Derzeit wird in Dutzenden Arbeitsgruppen bundesweit an Lösungen gearbeitet, Online-Services für die bisherigen analog bereitgestellten Leistungen der öffentlichen Hand zu ergänzen. Dabei kommt es aus kommunaler Sicht vor allem darauf an, die bereits seit vielen Jahren genutzten Verwaltungsfachverfahren in den Ämtern und Behörden mit passenden Frontend-Lösungen für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen zu verbinden.

Welchen Schub hat die Corona-Krise der Digitalisierung in Verwaltungen gegeben und wie nachhaltig ist dieser ggf.?

Die kommunalen IT-Dienstleister haben u. a. hunderttausende neue sichere VPN-Zugänge geschaltet und zusätzlich Hardware-Geräte mindestens im mittleren fünfstelligen Bereich beschafft, um Homeoffice und digitales Arbeiten von zu Hause zu ermöglichen. Laut einer Umfrage unter den Vitako-Mitgliedern wird für die Verwaltungsdigitalisierung tatsächlich ein Umsetzungsschub erwartet. In vielen Bereichen wie etwa im Bildungs- und Gesundheitswesen ist offenbar geworden, dass eine funktionierende moderne Infrastruktur heute schlicht Basis vieler Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge darstellt. Vitako setzt sich dafür ein, dass nun Investitionen z. B. in die Schulen keine einmaligen bleiben, sondern langfristig gedacht werden müssen. Es braucht gut durchdachte Nutzungs-, Betreuungs- und Medienkonzepte, die es erlauben, Hard- und Software effizient, sicher und nachhaltig zu bewirtschaften.

Als größtes Hindernis für eine weitere Digitalisierung der Verwaltung gelten nach einer neuen Studie Medienbrüche und Schnittstellenprobleme. Wie können diese aus Ihrer Sicht über die verschiedenen Verwaltungsstufen in einem föderal organisierten Land überwunden werden?

Wir brauchen eine föderal organisierte Digitalarchitektur, die es erlaubt, die „alte Welt“ und ihre Strukturen auf einem gangbaren Weg in die neue Welt zu überführen. Gemeinsam mit dem Deutschen Landkreistag haben wir kürzlich ein Konzept vorgelegt, das die bestehenden Systeme mit den anvisierten übergreifenden Lösungen zusammenbringt. Ganz wichtig dafür sind gemeinsame Schnittstellen und Standards, an die sich unterschiedliche Komponenten andocken lassen. So können auch spezifische dezentrale Lösungen, die sich seit Jahren bewährt haben, in das Gesamtsystem integriert werden.

Auch die Politik kann konkret etwas tun: Es müssen endlich die vielen bundes- und landesgesetzlichen Hindernisse beseitigt werden. Wir brauchen z. B. Vereinfachungen beim Schriftformerfordernis, um eben durchgängige digitale Prozesse schaffen zu können. Ausnahmeregelungen, die sich in der Krise bewährt haben, sollten nun zur Regel werden!

Die Verwaltungsmitarbeiter gelten als Schlüssel bei der digitalen Transformation – wie sollten die Mitarbeiter auf diesem Weg begleitet werden?

Eine Menge hierarchischer Denk- und Arbeitsweisen sind heute obsolet. In der „neuen Arbeitswelt“ braucht es statt Kontrolle und Gehorsam vielmehr Teamarbeit, Kollaboration und kreatives Schaffen. Das ist gerade für die öffentliche Verwaltung eine Herausforderung, weil die Verwaltungen darauf ausgelegt sind, dauerhaft, nach rationaler Art und Weise, nachprüfbar und wiederholbar – eben im besten Sinne bürokratisch – zu funktionieren. Je nach Organisation und Zweck gilt es nun, sich auf die oft durch die Digitalisierung hervorgebrachten neuen Arbeitsweisen einzustellen und sie als Organisation entsprechend zu adaptieren. Eine Begleitung kann und muss im Zweifel sehr individuell stattfinden, da in vielen Verwaltungen ja oft Personal aus drei Generationen arbeiten. Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besitzen verschiedene Voraussetzungen und lassen sich oft ebenso unterschiedlich motivieren – vor allem, wenn es um die Digitalisierung ihrer tagtäglichen Arbeitswelt geht.

IMPRESSUM

Herausgeber

Barthel Marquardt GbR
Merseburger Straße 200
04178 Leipzig
Tel: 0341 24 66 43 72
E-Mail: marquardt@meinungsbarometer.info
www.meinungsbarometer.info

V.i.S.d.P.

Dipl.-Journ. Nikola Marquardt

Idee, Konzept, Projektleitung

Dipl.-Journ. Thomas Barthel

Redaktion

Barthel Marquardt GbR

Diese Dokumentation darf nicht - auch nicht in Auszügen - ohne schriftliche Erlaubnis der Redaktion vervielfältigt und verbreitet werden. Die Dokumentation wurde mit größtmöglicher Sorgfalt zusammengestellt. Trotzdem können wir für die enthaltenen Informationen keine Garantie übernehmen. Die Redaktion schließt jegliche Haftung für Schäden aus, die aus der Nutzung von Informationen dieser Dokumentation herrühren.